

Zinsverluste kosten die Sparer 70 Milliarden Euro

Die Entscheidung des EZB-Rats für weitere Zinssenkung und Quantitative Easing könnte Probleme eher verstärken als lösen



GASTBEITRAG VON PROF. DR. FRANZ SEITZ, PROFESSOR FÜR VWL AN DER OTH AMBERG-WEIDEN SOWIE BERATER DER EZB UND DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

WEIDEN. Der EZB-Rat hat am 22. Januar 2015 beschlossen, seinen Hauptzins bei 0,05 Prozent und den Einlagesatz sogar bei -0,2 Prozent zu belassen. Zudem, und weitaus gravierender, wurde ein Programm zum Ankauf von (Staats-)Anleihen, das sogenannte „Quantitative Easing“ (QE), im Umfang von mehr als einer Billion Euro verabschiedet. Das Programm kann noch ausgeweitet werden und hat kein definiertes Ende. Wegen der unsicheren und zu erwartenden negativen Wirkungen dieses währungspolitischen Experiments, das mit hohen Risiken und falschen Anreizen verbunden ist, ist das Programm deutlicher Kritik, vor allem auch aus Deutschland, ausgesetzt.

Die Null-beziehungswise Negativzinspolitik macht zunächst das Sparen unattraktiv. Wirtschaftsforscher haben ausgerechnet, dass sich die Zinsverluste der deutschen Sparer auf etwa 70 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Diese übersteigen die Vorteile, die die (öffentlichen) Schuldner haben, bei weitem. Entweder muss der Sparer dann für die Altersvorsorge einen größeren Teil zur Seite legen oder in riskantere und damit höher verzinsliche Anlagen investieren. Wenn die Ersparnis insgesamt sinkt, fehlen Mittel für dringend benötigte Investitionen. Das Aufkaufprogramm bedeutet zudem eine Subventionierung von staatlichen Schuldner und kriselnden Banken, also eher unproduktiven Sektoren einer Volkswirtschaft. Auf der anderen Seite sind insbesondere jene Banken durch einen Rückgang der Zinsspannen negativ betroffen, die während der Finanz- und Staatsschuldenkrise die Stabilität des Finanzsystems mit ge-



Die Entscheider im Neubau der EZB in Frankfurt am Main sehen sich angesichts ihrer Zins- und Geldpolitik teils heftiger Kritik ausgesetzt.

Foto: dpa

währleistet haben: der Sparkassen- und Genossenschaftssektor.

Die EZB nimmt durch dieses Programm Reformdruck von den Ländern des Euroraums. Es passt ins Bild, dass in letzter Zeit der Stabilitäts- und Wachstumspakt (vor allem im Falle Frankreichs) erneut gelockert und „flexibilisiert“ wurde. Durch den Ankauf von Staatsanleihen nehmen die Notenbanken auch unkalkulierbare Risiken in ihre Bilanzen, die letztlich von den Steuerzahlern zu tragen sind. Da die Anleihekäufe entsprechend der Kapitalanteile der Mitgliedsländer stattfinden sollen, muss die Bundesbank die umfangreichsten Staatsanleihekäufe tätigen, obwohl sie vehement gegen das Programm war.

Die EZB beabsichtigt, mit dem QE-Programm die Kreditvergabe der Banken anzukurbeln. Die Banken konnten sich aber schon davor praktisch zum Nulltarif sowie unbegrenzt Zentralbankgeld beschaffen. Die Entscheidung, einem riskanten Schuldner Kredit zu gewähren, wird nicht mehr von Liquiditätsrestriktionen und den Kosten einer Refinanzierung bei der Notenbank beeinflusst. Wie sollte dann aber die Übertragung auf die Privatwirtschaft funktionieren, wenn sie bisher schon nicht stattfand? Was die EZB allerdings schafft, ist eine weitere Abwertung des Euro, mit ihren negativen Wirkungen auf andere Länder (siehe Schweiz) und deren mögliche Reaktionen im Sinne eines Abwer-

tungswettlaufs. Noch reagieren die USA auf die Aufwertung des Dollars relativ gelassen. Doch wie sieht dies aus, wenn wir uns weiter Richtung Parität bewegen? Zudem hat die EZB ein Kursfeuerwerk an den Aktien- und Anleihemärkten entfacht. Dadurch wachsen die Gefahren von Vermögenspreisblasen und Übertreibungen.

Die EZB begründet die Notwendigkeit des QE-Programms mit dem Risiko einer deflationären Entwicklung im Euroraum. Der Rückgang der Inflationsrate ist vor allem auf die stark gesunkenen Ölpreise zurückzuführen, die von der Notenbank ohnehin nicht zu beeinflussen sind und wie ein Konjunkturprogramm wirken. Darüber hinaus greifen die Reformmaßnah-

men in den Krisenländern endlich, wodurch diese über Preissenkungen wettbewerbsfähiger werden. In der Eurozone sind breit angelegte Lohnsenkungen und eine „Entankerung“ der langfristigen Inflationserwartungen, die mit einer Deflation verbunden wären, nicht zu erkennen. Die Preise werden in den nächsten Monaten sicherlich weiter sinken. Aber dabei geht es um eine „gute“, nicht um eine „schlechte“ Deflation.

Letztendlich hat die EZB nur Zeit gekauft und auf lange Sicht Europa und die Währungsunion geschwächt. Die eigentlichen strukturellen und politischen Probleme sind von ihr allerdings nicht zu lösen. Aber die Hoffnung stirbt, wie wir wissen, zuletzt.

EXPERTENTIPP

Anzeige



Damit Zollgut sicher zum Kunden kommt

PATRICK MATHIEU
Leiter Consulting GSS Wach- und Sicherheitsdienste

Für mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit gewinnt die sogenannte AEO-Zertifizierung für mittelständische Unternehmen immer mehr an Bedeutung. Vor allem im Automotive-Bereich ist das Zollabkommen für Zulieferbetriebe häufig die Eintrittskarte, um bei Auftragsvergaben berücksichtigt zu werden.

Als „Authorized Economic Operator“, kurz AEO, werden Unternehmen bezeichnet, die als „Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte“ im EU-Zollrecht bestimmte Privilegien genießen. Ziel ist die Absicherung einer durchgängigen Lieferkette, vor allem gegen Terroranschläge. Im Wesentlichen müssen für die Zertifizierung vier Punkte erfüllt werden: Neben der Einhaltung der Zollvorschriften gehören ein für Kontrollen optimiertes System für die Verwaltung ebenso wie eine nachgewiesene Zahlungsfähigkeit und geeignete Sicherheitsstandards dazu.

Um die Vorschriften zu erfüllen, gibt es immer unterschiedliche Möglichkeiten: Ein Zaun um das

Firmengrundstück kann zum Beispiel eine preisgünstige Alternative zur kompletten Videoüberwachung des Geländes sein. Dies muss für jedes Unternehmen individuell betrachtet werden.

Aber nicht nur in der Firma scheinigt eine AEO-Zertifizierung entsprechende Sicherheitsvorkehrungen, sondern auch auf dem Weg zum Kunden beim Transport oder bei der Einfuhr von Waren. Wichtig ist, dass die Logistik in der Verantwortung des Unternehmens bleibt.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die meisten Unternehmen sind top in Logistik, aber die Sicherheit gehört nicht zu ihren Kernkompetenzen. Hier brauchen sie Unterstützung aus der Sicherheitsbranche.

Mit Sicherheit

gss

Auch die Rüstungsmultis trafen sich

Am Rande der Sicherheitskonferenz wurde die Lage der Rüstungsindustrie diskutiert

MÜNCHEN. Schon seit Längerem sehen Kritiker die Münchner Sicherheitskonferenz als ein Lobbyistentreffen der Verteidigungsindustrie. Rüstungsfirmen wie Lockheed Martin und Krauss-Maffei Wegmann zählen zu den Sponsoren der Konferenz. Zudem bietet das Forum der Rüstungsbranche die Möglichkeit, Kunden zu gewinnen. Am Rande der Sicherheitskonferenz fand in München ein Kongress statt, in dem auf Einladung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft über die Bedeutung der Verteidigungsindustrie als Wirtschaftsfaktor und Pfeiler der deutschen Sicherheitspolitik diskutiert wurde. Diente auch dieses Treffen nur der Lobbyarbeit der deutschen Rüstungsfirmen?

Ulrich Grillo, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, betonte in seinem Vortrag auf dem Kongress die Notwendigkeit, deutsche Wirtschaftsinteressen zu schützen. Dazu gehöre „die Sicherung internationaler Handelswege ebenso wie die digitale Sicherheit“. Zugleich warnte er vor einer „Ideologisierung der Verteidigungspolitik“ und betonte: „Ein deutscher Sonderweg bei den Exportkontrollen ist nicht sinnvoll.“ Seit Jahren werden von der Industrie die im internationalen Vergleich eher strengen deutschen Exportbestimmungen bei Rüstungsgütern kritisiert. Beispielsweise legte Wirtschaftsminister Gabriel 2014 Widerspruch gegen den Verkauf von Leo-

pard-2-Panzern nach Saudi-Arabien ein. Das Land steht wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen im Inneren und seiner Beteiligung an der militärischen Niederschlagung der Protestbewegung im Golfstaat Bahrain in der Kritik. Da jedoch viele EU- und Natostaaten ihre Verteidigungshaushalte in den vergangenen zehn Jahren verkleinert haben, ist die deutsche Rüstungswirtschaft zunehmend auf Exporte in andere Weltregionen angewiesen. Viele der Abnehmerländer in der arabischen Welt, Afrika und Asien werden aber autoritär regiert, in vielen gibt es Menschenrechtsverletzungen.

Die Anwesenheit von Matthias Machnig, dem Staatssekretär im deutschen Wirtschaftsministerium, unterstrich die Bedeutung, die die Bundesregierung der Rüstungsbranche beimisst. Und so betonte Machnig den Dialog, den das Wirtschaftsministerium mit der Rüstungsbranche führt. Dabei solle der militärische Bedarf für die nächsten Jahre geplant werden. Zugleich zeigte Machnig in der Frage der Exportkontrollen nur begrenztes Entgegenkommen: „Die restriktive Rüstungsexportpolitik ist im Koalitionsvertrag festgelegt.“ Machnig machte aber auch klar, dass „es nicht darum geht, die Exporte von Rüstungsgütern zu reduzieren. Die deutsche Regierung hat die deutschen Rüstungsfirmen immer unterstützt.“

Ganz offensichtlich befindet sich die Rüstungswirtschaft in einem Dilemma. Die strengen Exportrichtli-

nien behindern die deutschen Unternehmen im Vergleich zu anderen Wettbewerbern auch aus der EU, bei denen die Auflagen weit weniger streng sind. Branchenvertreter warnen vor einem Bedeutungsverlust der deutschen Verteidigungsbranche. Allerdings sind die deutschen Rüstungsexporte in den vergangenen Jahren gestiegen. Deutschland ist weiter der drittgrößte Waffenexporteur weltweit, auch wenn im vergangenen Jahr 2014 erstmals ein deutlicher Rückgang der Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter zu verzeichnen war.

Dabei öffnet sich für die Verteidigungsindustrie gerade ein neues Geschäftsfeld: Der Bereich „Cyber Security“, also der Schutz von Computersystemen vor terroristischen und kriminellen Angriffen aus dem Internet, ist ein Hauptwachstumsfeld in der Sicherheitspolitik, wie Klaus Günther, Vorstandssprecher der Diehl Defence Holding, betonte. Die Defizite Deutschlands in diesem Bereich seien enorm und wenn man nicht wie bisher auf ausländische Produkte zurückgreifen will, könnten hier deutsche Verteidigungsunternehmen ihre Expertise einbringen.

Insgesamt dürfte der Kongress mehr der Analyse des Zustands der deutschen Verteidigungsindustrie als der Geschäftsanbahnung und Lobbyarbeit gedient haben. Für letztere dürfte ihr Verbandsbüro in Berlin ohnehin mindestens ebenso wichtig sein wie die Präsenz auf der Sicherheitskonferenz. (xho)